

DIETER KLEIN

Über den »Gnadenlosen Populismus« der PDS oder Acht Schritte zum Richtungswechsel in der Arbeitspolitik

»... unbeirrt am Kurs der »Reformen« festzuhalten. Einen solchen Elitenkonsens hat es noch nie gegeben. Der Begriff »Reformen« ist bei denen, die dominierend wirtschaften, deuten, administrieren, nachgerade sakrosankt. Er steht axiomatisch für das Gute, das unzweifelhaft notwendige, für den einzigen Weg zum Heil aus dem Jammertal der viel zitierten »deutschen Krankheit«. Eine solche politische Einstimmigkeit hat man in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus allein am 4. August 1914 erlebt.« So beschrieb Franz Walter in der »Süddeutschen Zeitung« vom 22. September 2004 die geistige Konstellation in Deutschland.

Wen wundert es, wenn die PDS, die sich diesem Konsens verweigert, allen Zorn des vereinten Mainstreams auf sich zieht. Vertritt sie doch den für die Machteliten unerträglichen Grundgedanken, dass auf einem alternativen Entwicklungsweg Gerechtigkeit das leitende Maß in der Gesellschaft werden muss und dass deren Probleme nicht zu Lasten der Arbeitslosen und sozial Schwachen gelöst werden dürfen. »Gnadenlos populistisch« gehe die PDS mit Hartz IV um, schrieb der Parteienforscher Prof. Jürgen Falter in »Bild am Sonntag« (19.09.2004). »Lustvoll geschürte Panik« sei ihr Rezept. So der »Spiegel« vom 9. August. Und in der »Zeit« befand Matthias Geis am 9. September: »Dabei kann die PDS ihrer Klientel nichts anderes anbieten als Parolen, von denen beide Seiten in einer Art zynischen Einverständnis wissen, dass sie keinen Einfluss auf den politischen Gang der Dinge haben werden.«

Hartz IV – die Folgen

- Hartz IV zielt auf gemeinsame Verwaltung der bisherigen Empfänger von Sozialhilfe und von Arbeitslosenhilfe mit dem Versprechen besserer Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt (Zur Erinnerung: Als die Hartz-Kommission im Juni 2002 ihr Konzept zur Reform des deutschen Arbeitsmarktes vorlegte, versprach der Kanzler, binnen drei Jahren werde die Zahl der Arbeitslosen um zwei Millionen reduziert und damit halbiert werden. Die Frist ist bald abgelaufen. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 3,9 Millionen im Mai 2002 auf 4,359 Millionen im September 2004 gestiegen.)
- Hartz IV verwandelt 2,25 Millionen Arbeitslosenhilfempfänger in Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosen-

geld II (Regelsatzleistungen 331 Euro Ost/345 Euro West) – bereits nach 12 (für über 55jährige 18) Monaten Arbeitslosigkeit statt nach 32 Monaten. Zusammen mit Unterkunft- und Heizungsgeld samt zeitweiligen Zuverdienst von 1 bis 2 Euro pro Stunde als letztem Schrei des Kombilohnes mag dies ein Einkommen nahe der relativen Armutsgrenze oder etwas darüber ermöglichen.

- Arbeitslosengeld II wird gezahlt, wenn zuvor eigenes Ersparnis weitgehend aufgebraucht ist: Pro Lebensjahr ganze 200 Euro Ersparnis und 200 Euro für Altersvorsorge sind ausgenommen; »angemessene« Haushaltsausstattung, Kindersparbücher bis 4100 Euro und ein »angemessenes« Fahrzeug bleiben verschont – nach Offenlegung aller Lebensverhältnisse vor der Staatsbürokratie.
- Alle im Haushalt lebenden Erwerbspersonen können zu dem Unterhalt von Arbeitslosen herangezogen werden, ehe deren eigener Regelsatzanspruch greift.
- Nachgewiesene Arbeitsangebote sind bei verschärften Zumutbarkeitsregeln anzunehmen – außer bei »Sittenwidrigkeit«.

Kurz, mit Hartz IV rückt ein Traum von Unternehmerverbänden seiner Verwirklichung näher.

Was Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, schon vor Jahren forderte, wird jetzt eingelöst: »Wir müssen wieder in die Lage versetzt werden, niedrig bezahlte Jobs anbieten zu können ... Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken... Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombilohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen ... Er ist ... für uns eine Art Trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen.« (Wirtschaftswoche, 2. 10. 1997)

Unter dem Druck von Leistungskürzungen, verschärften Zumutbarkeitsbedingungen und Mithaftung von Haushaltsangehörigen anstelle individueller Sicherungsansprüche soll mit Hartz IV die massenhafte Aufnahme von Niedriglohnjobs erzwungen werden. Und schlimmer noch: Millionen sollen um Arbeitsplätze konkurrieren, die es gar nicht gibt!

Mit Hartz IV wird der Gedanke sozialer Integration aller durch existenzsichernde Arbeit zu Grabe getragen. Millionen werden zu dauerhaft abhängigen Empfängern von Sozialeinkommen

auf niedrigem Niveau. An den bisherigen Arbeitslosenhilfempfängern werden im Jahr 2005 durch Senkung der bisherigen Zahlungen von 17,6 Mrd. Euro Arbeitslosenhilfe auf 13 Mrd. Arbeitslosengeld II 4,6 Mrd. gespart. Zusätzliche Mittel für die 1 bis 2-Euro-Jobs werden u.a. durch die Verminderung von ABM-Stellen mobilisiert. 3 bis 4 dieser Jobs anstelle einer ABM erwartet die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit.

Mit der Ausweitung des Niedriglohnbereichs wird der Druck auf die noch Beschäftigten wachsen. Die Massenkaufkraft wird verringert und damit die ohnehin schwache Binnenkonjunktur noch gedämpft. Hartz IV ist nicht nur sozial destruktiv, sondern führt auch ökonomisch in eine Sackgasse. Die Einmütigkeit der Machteliten mündet in eine soziale Abwärts spirale, die dem Rechtsradikalismus Räume öffnet und die Demokratie gefährdet. Soziale Regression im Inneren im Interesse der Expansion auf den Weltmärkten ist überdies verknüpft mit militärischer Sicherung der Wirtschaftsinteressen »des Westens« rund um die Erde, mit präventiven Kriegen und imperialen Entwicklungen.

Prämissen

Welche Schritte können die Bundesrepublik auf dem ausgewählten Feld der Arbeitspolitik einer gerechten Gesellschaft näher bringen? Die Vorschläge der PDS gehen von zwei programmatisch-strategischen Prämissen aus:

- Reformalternativen – auch in der Arbeits- und Sozialpolitik – sind im Rahmen eines strategischen Dreiecks anzusiedeln. Es umfasst 1. Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik, 2. gestaltende Reformpolitik unter gegebenen Bedingungen und 3. über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen.

- Transformation gilt seit 15 Jahren als Synonym für den Übergang vom Staatssozialismus zum Kapitalismus. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie der Kapitalismus selbst transformiert werden kann – in einem Prozess, der von Verbesserungen für viele Menschen in allernächster Zeit bis zur Zurückdrängung und Überwindung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft führt. (Klein, 2002) In absehbarer Zeit geht es um Widerstand gegen jedes »Weiter so« und um erste Ansätze eines Richtungswechsels. »Dass es »so weiter« geht, ist die Katastrophe! (Benjamin, 1984: 151)

Durchaus in solchem größeren Zusammenhang hat die PDS die Hartz-Gesetze von Beginn an abgelehnt und beteiligt sich an den Protesten gegen sie. Sie hat in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bewirkt, dass die Landesregierungen diese Gesetze im Bundesrat nicht zustimmten. Der Widerstand verbindet sich mit dem Eintreten für eigene Konzepte zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit und zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme.

Wo sie Regierungsverantwortung mit trägt, sucht sie zunächst nach Verbesserungen im Rahmen eines Gesetzes, das sie ablehnt. In Berlin heißt das u.a.: Für 2-Euro-Jobs statt 1-Euro-Jobs einzutreten; Suche nach Möglichkeiten zur Kombination dieser Jobs mit anderen Fördermitteln des Landes, um die

geförderten Arbeitsplätze an existenzsichernde Arbeitsbedingungen anzunähern; Konzentration auf sozial und kulturell wichtige Arbeitsfelder; Sorge für Qualifizierung der so Beschäftigten als Chance für den ersten Arbeitsmarkt; Prüfung der »Angemessenheit« des Wohnraumes nach zwei Jahren statt schon nach einem halben Jahr. Aber es geht um Ausweitung dieses bescheidenen Gestaltungsraumes:

»Populistische Erneuerung der Arbeitswelt«

Erstens gewinnt öffentlich geförderte Beschäftigung zwischen Staat und Privatunternehmen gerade mit Hartz IV auf verdrehte Weise verstärkte Bedeutung in den Auseinandersetzungen um eine neue Arbeitswelt. Mit der Zuweisung von 6,35 Mrd. Euro pro Jahr durch die Bundesagentur für Arbeit an die Kommunen sollen diese nämlich im Rahmen von Hartz IV veranlasst werden, in Gestalt von 1-Euro-Jobs für öffentliche Beschäftigung zu sorgen.

Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse müssen jedoch nach anderen Regeln gestrickt werden, existenzsichernd sein und aus der Sozialhilfe herausführen, statt die Betroffenen durch die Kombination von Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II und 1-Euro-Jobs dort zu parken. Warum sollte es unmöglich sein, die 13 Mrd. Arbeitslosengeld II oder besser die bisher gezahlten 17,6 Mrd., die 6,35 Mrd. für 1-Euro-Jobs, etwa 5 Mrd. Euro durch Annullierung der geplanten Absenkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent und 15,9 Mrd. Euro durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer zu kombinieren und damit Existenz sichernde Arbeit in öffentlich geförderten Projekten und Unternehmen ohne Zwänge, ohne Aufgabe des Ersparten und ohne Partnerhaftung zu finanzieren?

Warum sollen ferner die zu fördernden Projekte und Vorhaben nicht von den Bürgerinnen und Bürgern selbst anstelle vorwiegender Bestimmung durch die Regionalagenturen der Bundesagentur für Arbeit vorgeschlagen werden? Warum nicht die auf den Weltsozialforen und auf den Europäischen Sozialforen diskutierten Erfahrungen einer selbstbestimmten Solidarischen Ökonomie nutzen? (Economic Solidarity Group of Quebec, 2003: 91 ff) Warum nicht nach dem Beispiel des Arbeitsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern verfahren, das im Rahmen von Aktionsprogrammen zu ausgewählten Problemen, die dem Land auf den Nägeln brennen, Ideenwettbewerbe auslobt und die qualitativ besten Projekte fördert? In Mecklenburg-Vorpommern wurden vier Regionalbeiräte in den vier Planungsregionen gebildet, die auf der Grundlage regionaler Entwicklungskonzepte über die finanzielle Förderung von Arbeitsmarktprojekten entscheiden.

Solche Schritte sind keine Revolution. Aber sie zielen auf Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger statt auf dauerhafte Verwaltung ihrer Ausgrenzung oder ihrer Inklusion zu prekären Bedingungen. Es sind Schritte im Vorfeld von Richtungswechsel. Und ein breiter Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung wäre jenseits kapitalistischer Eigentumsverhältnisse angesiedelt.

Zweitens gewinnt kommunale Beschäftigungspolitik stärkere Bedeutung – weiterreichend als die Bereitstellung von 1-Euro-Jobs. Der Arbeitsminister Mecklenburg-Vorpommerns hat u. a. die Einrichtung eines Initiativfonds aus Landesmitteln durchgesetzt. Dieser Fonds ermöglicht es Kommunen, die aus eigener Kraft Mittel nicht aufbringen können, gleichwohl einen Eigenanteil von 10 bis 20 Prozent für Investitionen einzusetzen, der die Inanspruchnahme der Förderung anderer Ministerien von Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« und von Mitteln der EU sichert. Die PDS hat darüber hinaus in ihrem neuen Steuerkonzept im Einzelnen dargestellt, was für die Verbesserung der Steuereinnahmen der Kommunen getan werden kann, auch damit sie Beschäftigung fördernde Investitionen in der örtlichen Wirtschaft auslösen können (Neues Deutschland, 28.9.2002).

In Berlin konnte ein Beschluss des Abgeordnetenhauses erreicht werden, nach dem trotz Haushaltnotstands die durch Hartz IV erzwungene Einsparung von rund 100 Mio. Euro im Jahr 2005 zum Teil für die Finanzierung eines kommunalen Beschäftigungsprogramms genutzt werden soll.

Dies sind keine ausgreifenden Schritte. Aber konsequent verfolgt sind sie nicht nach dem Geist von Hartz IV gestrickt, sondern im Interesse der Betroffenen. Schritte auf einen Richtungswechsel hin.

Drittens: individuelle bedarfsorientierte Grundsicherung. Die Regelleistung von 331 bzw. 345 Euro im Rahmen von Hartz IV wird als »Grundsicherung für Arbeitssuchende« verkauft. Der entwürdigende Charakter der Voraussetzungen für die Gewährung dieser »Grundsicherung« setzt mit neuer Intensität die Forderung nach schrittweiser Einführung eines alternativen Typs der Grundsicherung auf die Tagesordnung: einer steuerfinanzierten individuellen Grundsicherung für alle Menschen, die dauerhaft oder vorübergehend keine Möglichkeit existenzsichernder Arbeitseinkommen haben (Opielka, 2004). Die EU-Kommission sieht die Armutsgrenze bei 50 Prozent des nationalen durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten. Eine Grundsicherung ohne Abbau eigener Ersparnisse und Familienhaftung dürfte diese Grenze nicht unterschreiten.

Dies ist für sich genommen abermals keine systemsprengende Forderung. Gleichwohl weist sie in die Richtung von Grenzüberschreitungen. Sie wäre ein Rückhalt für ein Nein der Lohnabhängigen zu unzumutbaren Arbeitsangeboten ohne die Gefahr ihres vollständigen sozialen Absturzes. Eine bedarfsorientierte Grundsicherung stünde für eine Kernsubstanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind. Der Weg zu »Arbeit, billig wie Dreck« (Horst Afheldt) würde versperrt werden. Gegen das Maß des Profits würde das Maß des Menschen gestärkt – wenn der öffentliche Druck in der geistigen Auseinandersetzung und auf der Straße genügend wächst. Es wäre ein Schritt zu Richtungswechsel in der Politik.

Viertens: Stärkung des Binnenmarktes. Stärkung der Massenkaukraft durch mehr Beschäftigung in innovativen Unternehmen und durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse – das ist der erste Grundgedanke einer alternativen Wirtschaftspolitik. In Europa heißt das zunächst: keine Kürzung von Sozial-einkommen und keine Verlängerung von Arbeitszeiten ohne differenzierten Lohnausgleich, Fixierung der tariflichen Branchenmindestlöhne als gesetzliche Mindestlöhne als Barriere gegen Niedriglöhne, Entwicklung der Löhne mindestens entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate.

Das bedeutet Widerstand und erste Schritte im Vorfeld einer anderen Wirtschaftspolitik, in der soziale Stabilität nicht als Hemmnis, sondern als Bedingung für Wachstum und Beschäftigung gilt.

Fünftens: Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms, konzentriert auf Wissenschaft, Innovation, Bildung und ökologischen Umbau. Auch wenn der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nur auf die Quote der öffentlichen Investitionen in den USA gebracht würde, bedeutete das eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um über 30 Mrd. Euro pro Jahr. Sie könnten vorwiegend in wirtschaftsschwache Regionen fließen, ob in Ostdeutschland oder in Westdeutschland.

»An sich« ist dies wiederum weder unrealistisch noch ein systemstürzendes Vorhaben, aber es setzt dem Marktmechanismus mehr als bisher das Prinzip öffentlicher Verantwortung und langfristiger Gestaltung entgegen – Verbote einer anderen Regulationsweise, die für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft unabdingbar sein wird.

Für Ostdeutschland ist dies besonders dringlich. Wichtig sind Programme zur Sicherung flächendeckender Betreuung und Bildung von Kindern im Vorschulalter und entschiedene Fortschritte zu sozial gleicher Teilhabe aller an moderner Bildung. Zu wichtigen Instrumenten vorausschauender politischer Gestaltung könnten Landesentwicklungskonzepte wie »ALEKSA« (Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen) werden (PDS-Fraktion Sachsen, 2004). Dringlich ist angesichts eines ostdeutschen Anteils am Export von 5 Prozent die zivilgesellschaftlich getragene Entwicklung von Leitlinien regionaler Entwicklung. In solchem Rahmen kommt auch einer starken beschäftigungs- und umweltorientierten Förderung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen für Ostdeutschland besondere Bedeutung zu, vor allem der Förderung ihrer Vernetzung und ihrer Verflechtung mit Wissenschaftszentren.

83 Prozent der in einer repräsentativen Studie befragten Ostdeutschen sind dafür oder unbedingt dafür, in einem breiten Dialog ganz neue Wege zur Lösung der angestauten Probleme zu suchen. 83 Prozent wollen mehr Bürgerbeteiligung. 90 Prozent der Ostdeutschen (allerdings nur 35 Prozent der Westdeutschen) wünschen sich eine stärkere Nutzung von Erfahrungen aus Ostdeutschland (FOKUS-Institut, 2004: 56).

Dies läuft auf einen Kurswechsel hinaus, auf eine neue Politik

für die Entwicklung Ostdeutschlands, auf ein Funktionieren des Marktes im Rahmen sozial gestaltender Politik und auf gleiche Augenhöhe der Ostdeutschen zu den Westdeutschen.

Sechstens: Der beschäftigungssichernde Erhalt öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge und ihre Ausweitung gehören zu den Eckpunkten alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, statt Gesundheit, Bildung, Kultur, innere Sicherheit und andere Dienstleistungen noch mehr als bisher als Waren zu handeln – in Abhängigkeit vom Geldbeutel der zu Kunden reduzierten Bürgerinnen und Bürger.

Und wieder geht es um nicht mehr und nicht weniger als um Richtungsentscheidungen an einem Scheideweg. Sollen alle Bedingungen unseres Lebens zur Ware werden oder gelingt es im Widerstand dagegen, Schritt für Schritt das Gemeinwohl und sozial gleiche Teilhabe an den Freiheitsgütern zum Maß der Entwicklung zu machen? Wenn mehr Sphären der Gesellschaft dem Diktat des Profits entrissen werden, öffnet dies den Weg zur Zurückdrängung der Profitdominanz.

Siebtens: Verkürzung der Arbeitszeit und gerechte Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen. Aber unter Androhung von Produktionsverlagerungen in das Ausland (Siemens, Daimler-Chrysler, VW) wollen die Unternehmer die Arbeitszeit sogar unbezahlt verlängern, d. h. die Stundenlöhne senken. Und auf Seiten der Lohnabhängigen trifft Arbeitszeitverkürzung zurzeit ebenfalls auf Distanz, weil sie Lohneinbußen und verstärkte Arbeitshetze ohne den Effekt von Neueinstellungen erfahren haben.

Eine alternative Arbeitszeitpolitik müsste daher umfassen: Arbeitszeitverkürzung bei 1. tariflicher Sicherung von differenziertem Lohnausgleich im Interesse der Geringverdienenden und Nutzung vor allem für die Einstellung von neu Ausgebildeten; 2. mehr sozial vollwertig abgesicherte Teilzeitarbeit; 3. freiwilligen sozial abgesicherten Wechsel in bestimmten Lebensphasen zwischen Existenz sichernder Arbeit, Familienarbeit, Gemeinwohltätigkeit und Weiterbildung zugunsten bisher nicht Beschäftigter und gleicher Teilhabe von Männern und Frauen an Berufs- und Familienarbeit; 4. größeren Einfluss der Beschäftigten auf familienfreundliche Arbeitszeiten; 5. gesetzliche Begrenzung der Höchstarbeitszeit, deren Überschreitung in bestimmten Zeiträumen auszugleichen ist.

Auch dies sind keine die Gesellschaft bereits umwälzenden Forderungen. Wohl aber stehen sie in striktem Gegensatz zur gegenwärtigen »Reform«-Richtung und schließen mehr Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Art der Flexibilisierung in der Arbeitswelt ein. Sie sind geöffnet für einen Richtungswechsel der Wirtschaftspolitik und können daher nur im Wandel der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit durchgesetzt werden.

Achtens: Steuergerechtigkeit. Soziale statt antisozialer Reformen kosten Geld. Deutschland liegt mit einer Steuerquote von 20,7 Prozent im unteren Drittel der OECD-Länder.

Allein eine Wiedereinführung und moderate Neuregelung der Vermögenssteuer, die mäßige Erhöhung der Erbschaftsteuer

auf Großvermögen und die Korrektur der erst ab 2001 eingeführten Neuregelung für Körperschaftssteuern würde Steuer-mehreinnahmen von rund 30 Mrd. Euro im Jahr ermöglichen. Zum Teil würde dies nur früher geltende Regelungen wieder herstellen. Solche Schritte dürfen daher als realistische Forderung gelten, die einen gewissen finanziellen Spielraum für einen Richtungswechsel zu Reformen nach dem Maß der Verteilungsgerechtigkeit bieten würde. Konsequenter fortgesetzt können sie sich mit weiter reichenden Veränderungen der Teilhabegerechtigkeit verbinden und sich bei entsprechendem Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als Einstieg in einen transformatorischen Prozess zu einer anderen Gesellschaft erweisen.

Ein Fazit

Die Rede vom gnadenlosen Populismus der Hartz-Kritiker und ihren puren Parolen ist jenseits der Realität angesiedelt. Sie offenbart fatalen Mangel an politischer Kultur. Sie lässt aber auch auf die Ahnung der Meinungsmacher schließen, dass sie sich längst in tiefem Dissens zu Empfindungen und Meinungen der Bevölkerungsmehrheit befinden. Die meisten Deutschen halten die Gesellschaft, in der sie leben, für ungerecht. Sie erwarten, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Noch sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger keinen Ausweg aus dieser Lage. Das ist der Rettungsanker der Herrschenden. Da dürfen sich politische Kräfte, die mit alternativen Politikangeboten an dieser Verankerung rütteln, über Ignoranz, Verleumdungen und Ausgrenzungskampagnen nicht wundern.

Doch niemals in der Geschichte gab es auf Dauer eine Situation ohne Alternativen. Ernst Blochs »Prinzip Hoffnung« wäre begraben ohne Suche nach Alternativen. Hans Jonas' »Prinzip Verantwortung« wäre verabschiedet. Muss es nicht ein Gebot des Prinzips Vernunft und sozialen Innovationsdenkens sein, das alternative Reformkonzept der demokratischen Sozialisten ebenso wie das anderer sozialer Kräfte ernsthaft auf ihre Problemlösungspotenziale hin zu prüfen, statt es blindlings zu verketzern?

Der Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg ist möglich, sicher in oft kleinen Schritten zunächst, aber mit An-schlüssen an die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus.

Literaturverzeichnis

- Benjamin, Walter, 1984: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920 – 1940. Leipzig
- Economic Solidarity Group of Quebec, 2003: Resist an Build. In: William F. Fisher, Thomas Ponniah: Another World ist Possible. Selangor – London – New York
- FOKUS-Institut, 2004: Politische Landschaften im Meinungsbild. PoliLand. Halle
- Klein, Dieter, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. In: Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin
- Opielka, Michael, 2004: Grundeinkommen statt Hartz IV. Zur politischen Soziologie der Sozialreformen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 9
- Redaktion Sozialismus, 2004: Des-Informationskampagne der Regierung zu Hartz IV. In: Sozialismus, H. 9